



Presseschau vom 18.05.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Lug-info.com: Das Innenministerium der LVR hat ein Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch gegen Amtsträger in der Verwaltung von Kirowsk eingeleitet. Dies teilte das Zentrum für Verbindungen mit der Öffentlichkeit des Ministeriums mit.

„Mitarbeiter der Abteilung für ökonomische Sicherheit haben Missbrauch von Vollmachten durch Amtsträger in der Verwaltung von Kirowsk festgestellt. Insbesondere hat der Leiter der Stadtverwaltung unter Missachtung der Regelungen und Forderungen der Landgesetzgebung zwei Grundstücke zur Nutzung für Markteinrichtungen verpachtet. Die finanzielle Bewertung der zwei Grundstücke übersteigt eine halbe Million Rubel. Die Mittel, die aus ihrer Verpachtung eingenommen wurden, sind nicht in das Budget der Republik eingegangen“, heißt es in der Mitteilung.

„Aufgrund dieser Sachverhalte hat die Abteilung für ökonomische Sicherheit aufgrund von § 189 des Strafrechtsbuchs der LVR „Abschluss ungesetzlicher Pachtverträge“ ein Strafverfahren eingeleitet“, fügte das Innenministerium hinzu.

Vormittags:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben am späten Abend, in der Nacht und am Morgen 216 Granatgeschosse auf die nördlichen Vorstädte von Donezk, den Jasinowatajer Checkpoint und Dokutschajewsk abgeschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Von 20:20 bis 6:40 hat die ukrainische Seite **das Territorium des Flughafens, das „Volvo-Zentrum“, Spartak, den Jasinowatajer Checkpoint und Dokutschajewsk** beschossen. Insgesamt wurden von den Positionen des Gegners 139 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 77 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Die Quelle fügte hinzu, dass neben Mörserbeschüssen auch zehn Schüsse mit Antipanzerraketen festgestellt wurden. Nach seinen Angaben haben die ukrainischen Truppen von den Positionen im Gebiet des Lüftungsschachts des Butowskaja-Bergwerks, Awdejewka, Opytnoje, Peski und Nowotroizkoje aus geschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: Polen hat kein Interesse an einem Kalten Krieg zwischen der Nato und Russland, wie der Präsident des Landes, Andrzej Duda, bei einem Staatsbesuch in Italien sagte.

„Wir brauchen einen zielgerichteten Dialog, um das Fehlerrisiko zu reduzieren, Konflikte zu vermeiden und die Vorhersagbarkeit in unseren Beziehungen zu erhöhen“, wird der polnische Staatschef von der Nachrichtenagentur PAP zitiert.

Laut Duda dürfe die Zusammenarbeit mit Moskau auf keinen Fall die Vereinbarungen innerhalb der Nato bezüglich der gemeinsamen Verteidigung beeinflussen. Außerdem müsse der Dialog „auf Grundlage des internationalen Rechts und der Einhaltung der territorialen Integrität aller Länder“ aufbauen.

Am 14. Mai war in Nordostpolen mit dem Bau eines weiteren US-Raketenabwehrsystems der Nato in Osteuropa begonnen worden. Duda sagte anlässlich des Spatenstichs auf der Anlage in Redzikowo, Gebiet Slupsk, dass solche Objekte „die Sicherheit der freien Welt festigen“ würden.

Vertreter westlicher Staaten kritisierten wiederholt angebliche Bedrohungen seitens Russlands. Damit wiederum erklärt auch die NATO die regelmäßige Erweiterung ihrer Streitkräfte in Osteuropa. So äußerte Anfang Mai Pentagon-Chef Ashton Carter, die Allianz ziehe auch eine Stationierung von vier weiteren Bataillonen in Baltikum und in Polen in Betracht.

Moskau betont dabei ausdrücklich, dass es an keiner Eskalation oder Konfrontationen interessiert sei, wenn nötig, aber gleichzeitig eine angemessene Antwort auf das Vorgehen des Westens zu geben wissen werde.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Luganskoje wurde mit Panzertechnik und Schusswaffen auf **Kalinowka** geschossen.

Aus Richtung Nowoswanowka haben die Kiewer Truppen mit automatischen Granatwerfern das Gebiet von **Kalinowo** beschossen.

Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Die Geister, die ich rief – Moskau: Anti-Russland-Propaganda wendet sich gegen Westen

Das westliche Russland-Bashing im Kontext der Geschehnisse in der Ukraine wirkt mittlerweile auch gegen diejenigen, die sie ursprünglich begonnen haben, wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, anlässlich der Abstimmung über die Krim als Teil Russlands in der italienischen Region Venetien am 18. Mai sagte.

„Der Prozess der antirussischen Propaganda im Kontext der Ukraine beginnt, auch gegen diejenigen zu arbeiten, die ihn losgetreten haben“, sagte Sacharowa gegenüber Journalisten. Die Abstimmung in Venetien und andere politische Ereignisse, wie z.B. das Referendum über die EU-Assoziation mit Kiew in den Niederlanden, zeigen, dass die antirussische Propaganda im Zusammenhang mit der Ukraine „nicht einmal in eine Sackgasse geraten ist, sondern beginnt, sich in die andere Richtung zu drehen“. Sie treffe nun diejenigen, die sie einst starteten.

Und dies sei nur der Anfang, so Sacharowa: „Europa ist schon ein anderes, als noch vor ein paar Jahren“, betonte sie. Dabei erinnerte die Diplomatin an die Syrien-Krise, die allgemeine Lage im Nahost und Nordafrika, die Situation mit Kiew sowie die Einmischung Washingtons „nicht nur in die Ukraine, wo es keine inneren Angelegenheiten mehr gibt, sondern auch in innere Angelegenheiten europäischer Länder“. All das schaffe ein absolut neues Bild der Zukunft Europas, so Sacharowa. Europa habe seine Souveränität in der Außenpolitik verloren.

Das Regionalparlament der italienischen Region Venetien stimmt am 18. Mai über die Anerkennung der Halbinsel Krim als Teil Russlands sowie über die Aufhebung der Anti-Russland-Sanktionen ab. Der Initiator und Abgeordnete des Regionalparlament, Stefano Valdegamberi, sagte zuvor, dass es „seit langem notwendig“ sei, dass „jemand dieses Totschweigen rund um die Situation, die momentan in Italien herrscht, bricht“.

Dan-news.info: Die Ortschaft Sajzewo im Norden von Gorlowka ist in der Folge eines Beschlusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte vollständig ohne Strom. Dies teilte die Leiterin der Ortsverwaltung Irina Dikun mit.

„Gestern um 21:00 Uhr haben die ukrainischen Truppen wieder einen Beschuss unserer Ortschaft begonnen. Um 22:00 wurde eine Unterstation beschädigt, der Strom in der Ortschaft ist ausgefallen. Sajzewo ist auch jetzt noch ohne Strom“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Sie fügte hinzu, dass bis Ende des Tages die kommunalen Dienste der DVR vorhaben, die Stromversorgung auf dem Gebiet wieder in Ordnung zu bringen. „Wenn es keine Beschüsse gibt, sollte ein Problem bei der Reparatur nicht aufkommen“, fasste Dikun zusammen. Insgesamt liegen nach Anfang der Ortsverwaltung auf dem von der Regierung der DVR kontrollierten Territorium der Ortschaft etwa 1000 Wohnhäuser, die Bevölkerung beträgt 2500 – 3000 Einwohner.

De.sputniknews.com: Der günstigste Zeitpunkt für die Wahlen im Donbass ist und bleibt das Jahr 2016, die selbsternannte Volksrepublik Donezk ist zur Durchführung bereit, wie ihr Regierungschef Alexander Sachartschenko erklärte. Man könne mit der Umsetzung der Minsker Abkommen und der Organisation der Abstimmung nicht ewig auf Kiew warten.

„Ich habe schon mehrmals gesagt, dass wir auch selbst die Wahlen brauchen, um den Staatsaufbau abzuschließen. Und das bedeutet, dass wir nicht ewig warten werden. Sollten die EU und die USA Kiew nicht dazu bewegen können, seine Verpflichtungen in vertretbarer und absehbarer Frist zu erfüllen, so werden wir die Wahlen selbst nach eigenen Gesetzen durchführen“, so Sachartschenko gegenüber der Presse.

Als besten Zeitpunkt für die Wahlen nannte er das Jahr 2016. Bis zum Sommer sei es nicht mehr zu schaffen, wenn alle Formalitäten beachtet werden sollen, darunter auch die von ukrainischer Seite. „Aber bis Herbst ist das durchaus real. Wir sind bereit, bis zum Herbst zu warten. Dann kommt der Winter, der unter den Bedingungen der Wirtschaftsblockade seitens der Ukraine die Donezker Behörden vor besondere Herausforderungen stellt, sodass wir da

schon eine legitime Macht vor Ort brauchen“, schloss Sachartschenko.

Der Leiter des Wählerausschusses der Ukraine, Alexej Koschel, hatte zuvor darauf verwiesen, dass zur Durchführung der Wahlen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk zuerst ein Wählerverzeichnis erstellt und einige vorbelastete Kandidaten ausgesiebt werden müssten, weshalb Wahlen dort kaum in den nächsten Jahren durchgeführt werden könnten. Laut Sachartschenko sucht Kiew damit jedoch weiterhin nur Vorwände, um die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen bezüglich Wahlen zu verhindern und hinauszuzögern.

Die Wahlen in den beiden selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk waren ursprünglich für Herbst 2015 geplant gewesen. Nach dem Pariser Treffen im Normandie-Format im Oktober 2015 hatten die Behörden beider Republiken zugestimmt, die Wahlen auf den Zeitraum Februar bis April 2016 zu verschieben. Bis dahin sollten die ukrainischen Behörden alle in den Minsker Vereinbarungen verankerten Verpflichtungen erfüllen: dem Donbass einen Sonderstatus gewähren, keine Verfolgung und Bestrafung der Teilnehmer an den Ereignissen auf dem Territorium beider Republiken zulassen sowie Veränderungen in die Verfassung der Ukraine einbringen, und zwar in einem mit beiden Republiken abgestimmten Wortlaut.

Kiew erfüllt diese erforderlichen Bedingungen bis heute nicht. Wie der Leiter der Bewegung „Ukrainische Wahl“, Viktor Medwedtschuk, erklärte, weicht Kiew der Erfüllung der Vereinbarungen von Minsk weiter aus, indem es immer neue Bedingungen für die Durchführung der Wahlen im Donbass aufstellt. Bislang wurden die Wahlen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk auf den 24. Juli verschoben.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte die kürzlichen Erklärungen des Vorsitzenden des Komitees der Wähler der Ukraine Alexej Koschjol, dass in den nächsten Jahren die Durchführung von Wahlen im Donbass aufgrund des Krieges, der bewaffneten Bevölkerung und des Fehlens eines Wählerverzeichnisses angeblich nicht möglich sei. Das Oberhaupt der DVR gab auch eine Einschätzung der Aussagen des ukrainischen gesellschaftlichen Aktivisten darüber, dass der Wahlprozess von einer langjährige politischen Säuberung begleitet werden müsse.

„Das erste und wichtigste: Es ist schwierig, Erklärungen des offiziellen Kiew zu kommentieren, weil sie normalerweise eine Übersetzung erfordern. Zum Beispiel erklärt Kiew, dass „der Krieg im Donbass 5 Jahre dauern wird“. In der Übersetzung heißt das: „Wir wollen im Donbass 5 Jahre lang kämpfen, weil das für uns vom politischen Gesichtspunkt her und vom Gesichtspunkt der Möglichkeit zur Unterschlagung von Mitteln günstig ist“. Oder Kiew erklärt: „In den nächsten Jahren wird es nicht gelingen, Wahlen im Donbass durchzuführen“. In der Übersetzung heißt das: „Wir wollen uns nicht an der Durchführung von Wahlen im Donbass beteiligen, weil wir ihn mit Gewalt unterdrücken wollen und das einige Jahre dauern wird“. Und so muss jede Aussage Kiews übersetzt werden. Und das Interessanteste ist, dass alle Teilnehmer des Regelungsprozesses, auch in Europa und den USA, sehr gut das Wesen der Position Kiews selbst ohne Übersetzung verstehen, doch so tun, als würde sie nur den äußeren Anschein sehen.

Wenn man grundsätzlich über die Erklärung des Komitees der Wähler der Ukraine spricht, so ist sie völliger Blödsinn. Der Bezug auf das Fehlen eines Wählerverzeichnisses – das ist nur ein Vorwand, um die Erfüllung der Verpflichtungen Kiews aufgrund der Minsker Vereinbarungen zu verweigern. Wir haben Wahlen nach den alten Verzeichnissen durchgeführt und es geschafft, sie zu aktualisieren. Überhaupt ist das nicht eine so lange Prozedur, wenn es den Willen gibt, ein Ergebnis zu erreichen. Aber wenn die Durchführung dieser Prozedur als Vorwand für Sabotage genutzt wird, so kann man sie auch 10 oder 20 Jahre lang durchführen.

In jedem Fall habe ich schon mehrfach gesagt, dass wir selbst die Kommunalwahlen für den Abschluss des Staatsaufbaus benötigen. Und dies bedeutet, dass wir nicht ewig Geduld haben werden. Wenn die EU und die USA Kiew nicht zwingen, seine Verpflichtungen in annehmbaren und überschaubaren Zeiträumen zu erfüllen, so werden wir die Wahlen selbst durchführen, nach unseren Gesetzen. Für überschaubare und annehmbare Zeiträume halte

ich das Jahr 2016. Es ist klar, dass es bis zum Sommer schon nicht mehr zu schaffen ist, weil wir an einer Einhaltung aller Formalien interessiert sind, auch von der ukrainischen Seite. Aber zum Herbst ist es vollständig realistisch. Also bis zum Herbst sind wir bereit, uns zu gedulden. Und weiter – die Winterperiode erfordert unter Bedingungen der ökonomischen Blockade von Seite der Ukraine von der Donezker Regierung besondere Bemühungen. So brauchen wir legitime örtliche Behörden. Wir werden nicht warten, bis sich in Kiew eine besondere politische Kombination ergibt. Soll Washington diese Kombination jetzt durchdrücken, solange Zeit ist.

Und als letztes. Dieses Komitee der Wähler der Ukraine redet über Säuberungen vor den Wahlen im Donbass. Haben sie ihr Steckenpferd? Es darf nur nicht vergessen werden, dass die Einwohner der DVR, die durch zwei Jahre Krieg gegangen sind und den ukrainischen Streitkräfte und den Strafbataillonen zweimal vernichtende Niederlagen zugefügt haben, etwas anderes sind als die alte Veteranin aus Slawjansk, die sie ungestraft mit grüner Desinfektionslösung übergießen können, oder der alter Veteran, dem sie gewaltsam am 9. Mai die Fahne des Sieges entreißen. Bei uns muss man sich auf eine entsprechende Antwort gefasst machen; dass man selbst Desinfektionslösung abbekommt und zwar in einer großen Menge. Und wenn das nicht reicht, muss zur Chirurgie gegriffen werden.

Was die Säuberungen als Prozeduren betrifft, so haben wir selbst vor, sie durchzuführen. Zuerst bei den Wahlen im Donbass, an der nicht eine einzige ukrainische Partei und nicht ein einziger ukrainischer Politiker teilnehmen wird, die durch Taten oder Tatenlosigkeit den Genozid gegen die Einwohner des Donbass unterstützt haben, die sogenannte ATO. Das betrifft auch die ukrainischen Medien. Kein einziges ukrainisches Massenmedium, das den Genozid unterstützt hat oder eine aggressive russophobe Position einnimmt, wird bei uns arbeiten, weder bei den Wahlen noch nach ihnen.

Dies ist der Anfang. Und dann wird die Säuberung in Kiew an der Reihe sein, weil die Entnazifizierung, auf der wir bestehen und bestehen werden, auch Säuberungen und Tätigkeitsverbote für die betrifft, die die menschenfeindliche Ideologie des Neonazismus unterstützen oder die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt sind. So kann ich in Einem mit denen übereinstimmen, die lange Fristen nennen: Um die ganze Ukraine von dem neonazistischen Bandera-Virus zu heilen, wird viel Zeit benötigt. Aber wenn die Ukraine nicht geheilt wird, dann wird die Krankheit für sie tödlich sein.

Ukrinform.ua: Politische Prozesse im Donbass, einschließlich der Vorbereitungen auf die Abhaltung der Kommunalwahlen, können erst nach der Erfüllung der Abkommen von Minsk durch Russland diskutiert werden, erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Pawlo Klimkin, in seiner Rede in der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates in Sofia, meldet das ukrainische Außenministerium.

„Die Ukraine betont, dass ein zuverlässiger Übergang zur Phase der politischen Regelung nur durch die Erfüllung der Vereinbarungen von Minsk durch Russland und die vollständige Entmilitarisierung des Donbass im Rahmen der internationalen Sicherheitsmission in Gang gebracht werden kann“, sagte der Außenminister.

Andernfalls wäre es ihm zufolge unmöglich, über die künftigen politischen Prozesse zu reden, auch über die Vorbereitungen auf die Kommunalwahlen.

News-front.info: Russland-Sanktionen haben Milchpreis-Verfall ausgelöst

Die Russland-Politik der Bundesregierung ist nach Ansicht der deutschen Bauern die Ursache für den dramatischen Verfall des Milchpreises, schreibt Deutsche Wirtschafts Nachrichten. Nun müssen die Steuerzahler einspringen. Der Bundeslandwirtschaftsminister plant Millionen-Hilfen für die Bauern.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat die Ursache für den Verfall beim Milchpreis beim Namen genannt: Ursache der Entwicklung seien starke Einbrüche bei der Nachfrage.

„Der Stein, der das alles ins Rollen gebracht hat, war das Russland-Embargo“, sagte der

BV-Generalsekretär Bernhard Krüsken der Nachrichtenagentur Reuters.

Nach dem Inkrafttreten der Sanktionen war der Milchpreis bereits von 40 Cent auf 28 Cent gefallen. Der russische Markt war für die deutschen Bauern immer wichtig gewesen. Durch die Sanktionen ist der russische Markt faktisch über Nacht weggefallen. Je länger die Sanktionen aufrechtbleiben, werde sich die Lage tendenziell eher verschlechtern: Der Milchpreis liege derzeit im Schnitt bei 23 Cent pro Liter, steuere aber auf 20 Cent pro Liter zu, sagte Krüsken.

„Bei den Preisen, die wir im Moment haben, sind alle Betriebe hochgradig defizitär.“ Verschärft wird die Lage durch eine „konjunkturelle Schwäche“ „im internationalen Bereich – Südost-Asien, in vielen Schwellenländern.“ Betroffen sei der Markt für transportfähige Milchprodukte wie Magermilchpulver und Butter. Zudem hätten einige Länder ihre Milch-Produktion erhöht.

Nun müssen die Steuerzahler den Preis für die Russland-Politik der Bundesregierung bezahlen. Es seien Direkthilfen in einer Größenordnung von 60 bis 100 Millionen Euro im Gespräch, hieß es am Dienstag im Landwirtschaftsministerium laut Reuters.

„Wir werden den Bauern mit Steuererleichterungen und Liquiditätshilfen zur Seite stehen,“ kündigte der Agrarminister Christian Schmidt (CSU) in der Süddeutschen Zeitung an. Statt den russischen Markt wieder für die Bauern zu öffnen, will Schmidt die „Produktion eindämmen“.

„Die Produktion eindämmen“ klingt nicht nach einer wirtschaftspolitisch allgemein sinnvollen Leitlinie: Wendet man sie konsequent an, dann landet man irgendwann auf dem Niveau von Ländern wie Venezuela. Eine Alternative wäre, den Milchproduzenten neue Märkte zu erschließen. Will man den Grund finden, warum die Bundesregierung nicht diese Lösung propagiert, muss man sich auf die Suche nach der Ursache für die (relative) ‚Überproduktion‘ machen,“ schreibt die Zeitung «Heise».

Zuletzt war aus den deutschen Bundesländern und EU-Staaten die Forderung erhoben worden, die Russland-Sanktionen zu beenden. Denn auch andere Branchen leiden massiv unter den Sanktionen. Es ist zu erwarten, dass sie bei Fortdauer der Maßnahmen bald bei der Bundesregierung vorstellig werden, um vom Steuerzahler Entschädigungen zu verlangen.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Russlands größte Staatsbanken wollen den ukrainischen Markt verlassen und ihre Aktiva in dem Land verkaufen, wie die Zeitung „Kommersant“ berichtet. Sberbank, VTB und die russische Außenhandels- und Entwicklungsbank VEB wollen dem „Kommersant“-Bericht zufolge zur „Wiederherstellung des eigenen Geschäfts und des ukrainischen Banksektors im Allgemeinen“ ihre Aktiva aus der Ukraine zurückziehen. Dabei gebe es keinen Widerspruch zwischen der Verbesserung der Situation und dem Marktaustritt. Im Gegenteil gebe es gerade jetzt eine reale Chance, schreibt die Zeitung. Die VTB-Gruppe sieht nach Worten ihres Chefs Andrej Kostin „keine großen Möglichkeiten in der Ukraine, weder wirtschaftliche noch politische“. Die Bank habe in der Ukraine große Verluste hinzunehmen, es gäbe zahlreiche Kreditausfälle.

Sberbank hat am Dienstag die Medienberichte über einen geplanten Aktiva-Verkauf in der Ukraine nicht bestätigt. Doch „Kommersant“ berichtet unter Verweis auf eigene Quellen, dass die Bank entsprechende Verhandlungen geführt habe, die jedoch erfolglos blieben. Die VEB plane außerdem, ihre ukrainische Tochter Prominvestbank zu verkaufen, hieß es weiter.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko

„Von dem niedrigen Ausbildungsniveau in den Einheiten und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte zeugen von uns aufgedeckte Fakten. In der Folge nicht zufriedener Arbeiten der technischen Abteilungen und der Wetterbedingungen im Bereich von Sholtoje wurde eine Pontonbrücke beschädigt und durch die Strömung abgetrieben“, teilte er mit. „Außerdem ist nach uns vorliegenden Aufklärungsdaten eine Kolonne Lastwagen mit Pontonelementen aus Lissitschansk in Richtung LVR gefahren“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

Marotschko sagte, dass die ukrainische Seite weiterhin technische und Befestigungsarbeiten unter Anwendung schwerer Technik auf den Gebieten der von Kiew kontrollierten Ortschaften des Staniza-Luganskaja-Bezirks durchführt.

„Es laufen Ingenieurarbeiten in den Ortschaften Gerasimowka, Tschuginka, Kasatschij“, erklärte er.

De.sputniknews.com: Russischsprachige Helden kehren nach Hollywood zurück – sie haben mal wieder ein negatives Image, jetzt aber mehr Individualität als während des Kalten Krieges, berichtet Voice of America nach einer Rundtischdiskussion von Russland-Experten an der New School in New York.

„Bösewicht“-Rollen würden gerne mit Russen besetzt, weil sie sich im Unterschied zu den Neuankömmlingen aus dem Nahen Osten nicht über ihr überliefertes Bild mokieren, so die Wissenschaftler.

Russische Figuren kehren ins Hollywood-Kino zurück – sie sind negativer geworden, während die Sujets über die Konfrontation zwischen den beiden Ländern oft auf Verschwörungstheorien beruhen, fasste Voice of America die Thesen der Diskussion zusammen, die von der Professorin der New School Nina Chruschtschowa moderiert wurde. Zu Beginn der Diskussion schlug Chruschtschowa vor, bei der Umformulierung des Begriffs „Kalter Krieg“ den heutigen Zustand der internationalen Politik als „eingefrorener Frieden“ zu bezeichnen. Da ist die Realität viel ergreifender und paradoxer als in jeder Hollywood-Phantasie. Für den Westen ist Putin bereits zum „Erz-Bösewicht“ geworden.

Russische Figuren kehren nach Hollywood in verschiedenen Genres zurück, weil sie sich besser für die Rolle der Bösewichte eignen, sagte der Slawist Eliot Borenstein von der New York University. In Zeiten der Politkorrektheit sei die Konkretisierung der Gestalt des Feindes mit einer sehr schwierigen Wahl verbunden – wenn man Islamisten darstelle, würde dies Massenproteste der US-amerikanischen Muslime auslösen. Russen protestieren bislang nicht, so der Experte....

Die neuesten Realitäten – nach der Annexion der Krim – hätten bislang keine Reflexion in den Filmen gefunden, allerdings arbeiten Filmemacher bereits in dieser Richtung, so Chruschtschowa. Der Prozess verlaufe im Ganzen chaotisch, auf Grundlage der Vorstellungen der führenden Filmkonzerne über das kommerzielle Potential der Projekte.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30993/49/309934912.jpg>

Dan-news.info: Die Behörden der Republik haben bis Mai dieses Jahres nach den Beschüssen von Seiten der ukrainischen Armee mehr als 250 Bildungseinrichtungen im ganzen Land wiederaufgebaut. Dies teilte das Bildungs- und Wissenschaftsministerium der DVR mit.

„Derzeit ist es gelungen, 259 Objekte des Bildungswesens wieder aufzubauen, darunter sind Schulen, Kindergärten, Kinderheime und Gebäude für zusätzliche Ausbildung“, teilte das Ministerium mit.

Am 1. Mai waren jedoch weitere 321 Einrichtungen noch nicht wieder aufgebaut: 169 Schulen und 86 Vorschuleinrichtungen, 66 Objekte der zusätzlichen Ausbildung und Kinderheime. „Die Arbeiten gehen weiter, genaue Zeiträume für ihren Abschluss sind noch nicht bekannt“, fügte der Gesprächspartner der Agentur hinzu.

Ukrinform.ua: Die Regierung der Ukraine hat in der Sitzung am Mittwoch Privatisierungsbedingungen für das Hafenerk Odessa beschlossen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Laut dem Chef des Staatseigentumsfonds Ihor Bilous habe eine staatliche Privatisierungskommission 99,6% der Aktien des Werkes auf 13,175 Milliarden Hrywnja geschätzt, die als Startpreis festgelegt wurden.

Eine Versteigerung des Werkes findet nach Worten von Bilous nur dann statt, wenn es mindestens zwei Bieter gibt. Ein Bieter solle aus dem Ausland stammen. An der Versteigerung dürften die Vertreter der Russischen Föderation als Aggressorstaat nicht teilnehmen.

De.sputniknews.com: Krim-Brücke: Silbermünz-Schatz unter künftiger Zufahrt gefunden In der südrussischen Region Krasnodar, durch die die Zufahrt zur Krim-Brücke über die Straße von Kertsch führen wird, ist bei archäologischen Ausgrabungen ein Silbermünzen-Schatz entdeckt worden, wie das Informationszentrum „Krim-Brücke“ meldet.

Die Archäologen sollen bereits mehr als fünf Hektar frühzeitlicher Siedlungen und Grabstätten in der Gegend erforscht haben. Am Rande einer Siedlung aus dem 17. und 18. Jahrhundert sei denn auch der Schatz aufgetaucht: 15 Silbermünzen in einem Keramikgefäß mit einem Gesamtgewicht von über 300 Gramm.

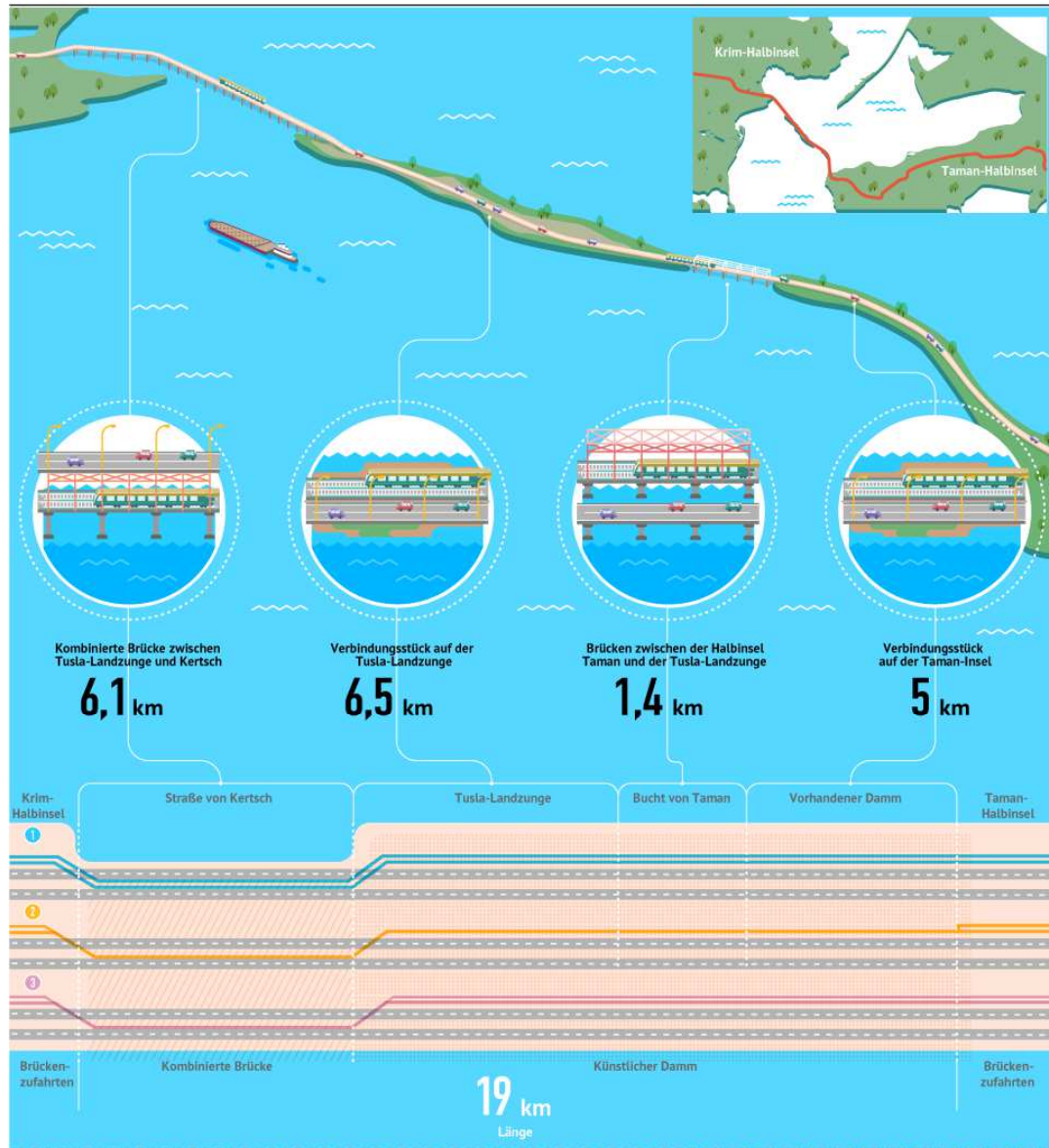
„Diese Münzen wurden vermutlich Mitte des 17. Jahrhunderts in spanischen Münzhöfen geprägt“, heißt es in der Meldung. Nun sollen führende russische Münzkundler den Fund

eingehend untersuchen.

„Es muss geklärt werden, wie diese Münzen auf die Taman-Halbinsel gelangt waren. Vielleicht stammen sie aus den Schätzen einer ausgeraubten Galeone oder es sind Spuren aktiven Handels an diesem Ort“, sagte eine Forscherin gegenüber dem Informationszentrum. Archäologen erforschen weiter einen 50.000 Quadratmeter großen Abschnitt mit Überresten einer römischen Siedlung. Die Arbeiten zur Bewahrung der archäologischen Objekte im Rahmen des russischen Krim-Brücken-Projekts wurden im Februar 2015 eingeleitet. Es sind mehrere wissenschaftliche Expeditionen vor Ort im Einsatz.

Projekt Krim-Brücke über die Straße von Kertsch

Über die Tusla-Landzunge wird die Krim mit dem russischen Festland verbunden



KAPAZITÄTEN DER EISENBAHNSTRECKE



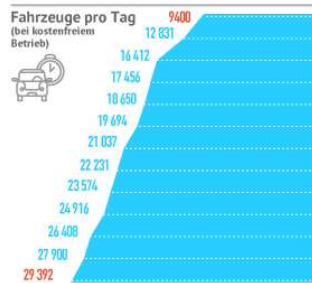
100 und mehr Züge pro Tag und Richtung **1**

32 Züge pro Tag und Richtung **2**

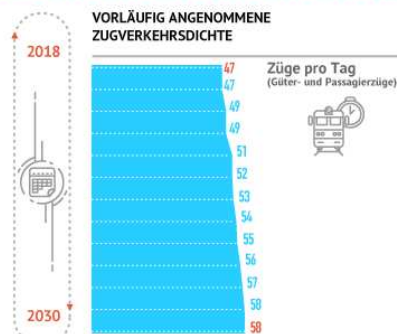
40 Züge pro Tag und Richtung **3**

Quelle: Rosavtodor

VORLÄUFIG ANGENOMMENE STRAßENVERKEHRSDICHTE



VORLÄUFIG ANGENOMMENE ZUGVERKEHRSDICHTE



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30873/13/308731314.png>

De.sputniknews.com: Der Gesetzentwurf zu den Lokalwahlen im Donezbecken ist beinahe fertig und kann demnächst der Obersten Rada (Parlament) vorgelegt werden, wie die Chefin der Partei „Batjkivschtschina“ Julia Timoschenko mitteilte. Ihr zufolge arbeiten an dem

Gesetzestext Mitarbeiter der Präsidentialverwaltung.

Laut Timoschenko werden sich in der Obersten Rada 226 Stimmen finden, die für die Billigung des Gesetzentwurfs notwendig sind. Allerdings kann diese Frage zu einer neuen parlamentarischen und politischen Krise führen, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Mittwoch.

Timoschenko sagte zu dem Thema: „Ohne den Krieg zu beenden, den Russland gegen die Ukraine führt, wollen sie in den von russischen Truppen und Verbrecherbanden besetzten Gebieten ‚demokratische‘ Wahlen in örtliche Machtorgane durchführen.“ Ihr zufolge können die jetzigen „Anführer“ der Volksrepubliken Donezk und Lugansk damit nicht nur ihre Macht legitimieren, sondern auch die Möglichkeit bekommen, die ukrainische Politik zu beeinflussen.

Timoschenko zufolge verabschiedete die Oberste Rada 2014 das Gesetz über den Sonderstatus der Gebiete Donezk und Lugansk. Der vorgesehene Sonderstatus, der das Recht auf die Bildung eigener Sicherheitsstrukturen und Gerichte sowie weitgehende politische und wirtschaftliche Vollmachten der lokalen Behörden vorsieht, werde das Donezbecken de facto in einen einzelnen Staat verwandeln, so Timoschenko. Laut den Bestimmungen zum Gesetz, die im März 2015 verabschiedet wurden, soll es unmittelbar nach den Wahlen in Kraft treten. Timoschenko forderte vom ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko, die Verabschiedung des Gesetzes bis zur Wiederherstellung der ukrainischen Regierungsstrukturen in allen diesen Gebieten zu verhindern, sonst würde dies der Beginn des Zerfalls des Staates sein.

Poroschenko sagte am vergangenen Samstag während seines Besuchs in Kramatorsk im Gebiet Donezk, dass er Lokalwahlen im Donezbecken bis zum Jahresende für möglich halte. Die Organisierung der Wahlen sei möglich, falls die Sicherheit in der Region gewährleistet werde. Es handele sich um einen völligen Waffenstillstand und Überwachung durch eine OSZE-Polizeimission.

Die Kontroversen bei der Frage, wie die Sicherheitsfragen und Fragen der politischen Regelung miteinander zeitlich verbunden werden können, hinderten die Außenminister des Normandie-Formats (Russland, Deutschland, Frankreich und die Ukraine) in der vergangenen Woche daran, konkrete Vereinbarungen zu erreichen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte nach dem Treffen, was von Kiew gefordert wird: „Es muss ein Wahlgesetz geben, das mit Donezk und Lugansk abgestimmt ist. Im selben Paket muss es ebenfalls einen Beschluss über den Sonderstatus des Donezbeckens geben – sowohl in Form eines Gesetzes als auch in Form einer Verfassungsänderung. Natürlich sind auch Wahlen ohne Amnestie nicht möglich“, sagte Lawrow.

Wie aus den Äußerungen Timoschenkos folgt, nahm die Ukraine diese Forderungen an.

Radikale in der Ukraine sprechen bereits von einem Verrat der nationalen Interessen.

Allerdings betonte der Chef des Oppositionsblocks, Juri Bojko, dass in dem von Timoschenko erwähnten Gesetzentwurf die für die Ukraine prinzipiellen Punkte festgelegt sind – Wahlen gemäß der ukrainischen Gesetzgebung, Zugang aller ukrainischen Medien, Bildung von Wahlkommissionen und Überwachung durch internationale Beobachter. Gegen alle diese Punkte äußerten sich zuvor die Vertreter der Volksrepubliken und forderten eine Abstimmung der Bedingungen der Lokalwahlen, und dass die Wahlen nicht gemäß den für die Ukraine gültigen Richtlinien, sondern gemäß einem separaten Gesetz stattfinden.

Obwohl die Kontroversen unüberwindbar erscheinen, schließen Experten Kompromisse nicht aus. Laut dem Experten Wladimir Fessenko fordert der Westen von Kiew eine möglichst schnelle Verabschiedung des Wahlgesetzes, um den Wunsch der Ukraine zu demonstrieren, den Minsker Prozess voranzubringen. Allerdings bedeute die Verabschiedung des Gesetzes nicht die sofortige Durchführung der Wahlen. Im Text könnte es die Bedingung geben, dass die Wahl erst nach einem völligen Waffenstillstand und Gewährleistung der Sicherheit unter Kontrolle einer OSZE-Polizeimission stattfindet, so der Experte.

Dnr-online.ru/Dan-news.info/: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos „Donezk“ der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

(Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich wesentlich verschärft.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 557 Mal das Territorium der Republik beschossen. Der Gegner schoss 124 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 89 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit Panzertechnik, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Die Verstärkung der Beschüsse versuchen die ukrainischen Truppen die Armee der DVR zu provozieren das Feuer zu erwidern. Aber wir reagieren nicht auf die Provokationen und halten im vollen Umfang die Minsker Vereinbarungen ein. Was entsprechend die ukrainischen Verbrecher dazu bringt, noch stärker das Feuer auf das Territorium der DVR zu eröffnen.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Feuer auf folgende Ortschaften eröffnet: Dokutschajewsk, Spartak, Jasinowataja, Staromichajlowka, Sajzewo, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk.

Die verbrecherischen Befehle für den Beschuss des Territoriums der DVR gaben die Brigadekommandeure Schaptalo, Krasilonikow und Sokolw.

In der Folge der Beschüsse starb ein Soldat, zwei wurden verletzt.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin eine Konzentration von verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie fest. So in den folgenden Ortschaften: östlich von Awdejewka, 5 km von der Kontaktlinie, im Gebiet der Donezker Filteranlage die Stationierung von zwei 120mm-Mörsern;

in Mirnoje, 11 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von vier Artilleriegeschützen und zwei Panzern;

in Semgorje, 6 km von der Kontaktlinie, wurden 7 Einheiten Panzertechnik einer mechanisierten Kompanie der 54. mechanisierten Brigade bemerkt;

in Seljonoje Polje, 24 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von vier 152mm-Haubitzen „Msta-B“

in Grodowka, 31 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von acht 152mm-Haubitzen „Msta-B“.

Auch wurde von unserer Aufklärung Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, die aus den Lagerorten für abgezogene Technik in den Bereich folgender Ortschaften gebracht wurde: Branowka, 28 km von der Kontaktlinie, sieben Panzer, östlich von Beresowka, 30 km von der Kontaktlinie, drei Panzer, eine Einheit Panzertechnik, im gleichen Ort wurden sechs Fahrzeuge mit Munition entdeckt, Wosdwishenka, 30 km von der Kontaktlinie, elf Panzer:

Außerdem hat unsere Aufklärung die Vorbereitung von Drohnen der ukrainischen Streitkräfte für Flüge im Bereich von Golmowskij mit dem Ziel von Luftaufklärung festgestellt.

Alle Informationen über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen wurden an die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination und der OSZE-Mission übergeben.

Unsere Aufklärung stellt weiter nicht kampfbedingte Verluste in den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte fest. So wurde im Gebiet von Awdejewka in der Folge von Auseinandersetzungen zwischen Soldaten des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade ein Offizier mittelschwer an der Hand verletzt. Ursache des Vorfalles war die Meinungsverschiedenheit des Offiziers mit drei Soldaten des 16. Bataillons, die sich weigerten, eine gestellte Aufgabe zu erfüllen. Beim Versuch des Kommandeurs, eine Pistole zu verwenden, nahmen die Soldaten ihm diese weg und schossen ihm versehentlich in die Hand.

In den letzten Tagen haben ukrainische Medien mit Bezug auf den Pressedienst des Stabs der „ATO“ aktiv Information über die Verwendung von unbemannten Flugobjekten gegen die ukrainischen Truppen in der Tiefe der ukrainischen Verteidigung verbreitet. Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass die Beschüsse von Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte eine Spezialgruppe von Offizieren aus dem Stab der „ATO“ in Zusammenarbeit mit ukrainischen Freiwilligen durchführt, die einen Gerät mit vertikalem Start und Matrix-UAV für den Abwurf von Sprengeinrichtungen aus der Luft adaptiert haben. Alle Personen dieser Gruppe wurden von unserer Aufklärung identifiziert, wir sammeln Fakten über ihre Teilnahme

an der Strafoperation.

Der Versuch der Strafruppen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass wir solche Mittel und die Möglichkeit ihrer Anwendung in der Tiefe der Verteidigung des Gegners haben, wird es dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte erlauben Terrorakte gegen friedliche Einwohner der Ukraine zu verüben und anschließend die Armee der DVR des Todes der Menschen zu beschuldigen.

Wir schließen nicht aus, dass diese Mittel für eine blutige Provokation der ukrainischen Truppen bei Awdejewka genutzt werden können, wo Kräfte für Spezialoperationen der ukrainischen Streitkräfte schon planen, nicht reguläre Abschusseinrichtungen zum Einsatz von Luftkampfmitteln zu verwenden.

Trotzdem sind unsere Truppen bereit zur Abwehr jeder Aggression. Unsere Kräfte und Mittel sind kampfbereit, die Motivation der Soldaten ist auf einem hohen Niveau.

De.sputniknews.com: Ukraine warnt Venetien vor Anerkennung der Krim als Teil Russlands
Die Ukraine hat vom Parlament der italienischen Region Venetien gefordert, gegen die Anerkennung der Krim als Teil Russlands zu stimmen, schreibt die Zeitung "Iswestija" am Mittwoch.

Der ukrainische Botschafter in Italien, Jewgeni Perelygin, hat in dieser Woche einen entsprechenden Brief an die venezianischen Abgeordneten überreicht.

Darin verwies die ukrainische Seite unter anderem darauf, dass die Italiener „lieber eine friedliche Rückgabe der Krim an die Ukraine fördern sollten anstatt illegitime Handels- bzw. Wirtschaftsbeziehungen mit der Halbinsel anzuknüpfen“.

Zugleich betonte Perelygin, dass die ukrainische Führung zuvor gegenüber dem venezianischen Gouverneur Luca Zaia mehrmals „ein besonderes Interesse“ der Ukraine für die Vertiefung des Zusammenwirkens mit Unternehmern aus Venedig geäußert habe, das „eine sehr wichtige Region Italiens“ sei.

Am Anfang des Briefes erinnerte der ukrainische Botschafter die venezianischen Abgeordneten daran, dass die Krim „ein nichtwegzudenkender Teil des ukrainischen Territoriums“ sei, „der vor zwei Jahren von Russland wider die fundamentalen Völkerrechtsprinzipien und die bestehenden bilateralen Verträge okkupiert worden“ sei. Die Abstimmung über die Anerkennung der Krim als Teil Russlands steht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des venezianischen Parlaments.

Die Initiative geht von 24 der insgesamt 51 Abgeordneten des venezianischen Parlaments aus, die unter anderem die „Lega Nord“ und die Partei „Forza Italia“ vertreten.

„Ich möchte, dass die italienische Regierung keine strategischen Fehler begeht. Und die antirussischen Sanktionen sind eben ein Fehler, wie auch die Weigerung zum Akzeptieren der offensichtlichen Angelegenheit: Die Krim ist Teil Russlands“, sagte der Koautor der Initiative, Stefano Valdegamberi, gegenüber "Iswestija". „Die Wirtschaft unserer Region bekam die Folgen der Restriktionen stärker als viele andere zu spüren.“ Nach seinen Worten haben die Verluste Venetiens in den letzten anderthalb Jahren eine Milliarde Euro übertroffen. „Wir wollen eine Koalition gegen die absurde Politik der EU bilden.

Venezianische Unternehmer und das italienische Volk teilen unsere Absichten.“ Der Parlamentarier zeigte sich überzeugt, dass die Einwohner der Krim ein Selbstbestimmungsrecht haben, „und es wäre absurd, das aus der Völkerrechtssicht zu negieren. Noch mehr als das: Die Absurdität der EU-Politik wird durch die Prinzipien der Doppelstandards bestätigt, beispielsweise durch die Situation um die Anerkennung Kosovos“, so Valdegamberi.

Im Falle einer positiven Abstimmung wäre Venetien die erste Region auf der Welt, die die Republik Krim als Föderationssubjekt Russlands anerkannt hat.

Gefunden auf der VKontakte-Seite der Brigade „Prisrak“: 17. Mai 2016. Von den Soldaten und Kommandeuren der Brigade „Prisrak“ wurde ein Gedenkstein auf dem Grab des

legendären Kommandeurs der Brigade Alexej Borissowitsch Mosgowoi aufgestellt. Die prophetischen Verse des Gedichts von Alexej Mosgowoi

„Es ist nicht schlecht, im Mai zu sterben.
Den Totengräbern wird das Graben leicht.
Die Nachtigallen singen überall.
Das letzte Mal so wunderbar“

sowie seine unerschütterliche Mahnung an uns, die auch sein Lebensmotto war „Fürchte nicht um deine Haut, kämpfe für die Ehre!“ können jetzt nicht nur unsere Zeitgenossen, sondern auch unsere Nachfahren lesen. Ruhe in Frieden, Brigadekommandeur und Dichter. Das Maximum, das du tun konntest, das hast du getan. Wir danken dir sowohl für die Siege als auch für die Niederlagen, für deine Gedichte und Lieder – hab Dank für alles!



<https://pp.vk.me/c628730/v628730957/1f4d9/2eYZ5EUDAGo.jpg>



[mPd72RI.jpg](#)

<https://pp.vk.me/c604416/v604416986/b1a8/7cN->

Abends:

De.sputniknews.com: Nach dem Sieg der Sängerin Jamala beim Eurovision Song Contest soll der ESC 2017 in ihrer Heimat Ukraine stattfinden. Die Regierung des finanziell angeschlagenen Landes hat für die Organisation des internationalen Musikwettbewerbs kein Geld und will in Europa nach Investoren suchen.

ESC-Manager Sietse Bakker teilte der russischen Tageszeitung Iswestija mit, die Europäische Rundfunkunion (EBU), die den ESC veranstaltet, versuche jetzt zu klären, wie die Ukraine den Wettbewerb organisieren werde. „Wir arbeiten mit den Sendegesellschaften zusammen, nicht direkt mit Regierungen“, sagte Bakker. Nach seinen Worten muss sich die zuständige Sendegesellschaft um die Finanzierung kümmern.

Der ukrainische Kulturminister Jewgeni Nischtschjuk teilte unterdessen mit, die Regierung wolle den ESC 2017 von europäischen Investoren finanzieren lassen, denn im Staatshaushalt sei kein Geld dafür vorgesehen. Nach dem ESC in Stockholm liege die Latte sehr hoch und für die Organisation seien „sehr große Investitionen nötig“, so der Minister. Russland hatte zuvor bereits angekündigt, es werde der Ukraine keinen Kredit für die ESC-Austragung geben. Die ukrainische Regierung hatte sich Ende 2015 geweigert, einen Kredit von drei Milliarden US-Dollar an Russland zurückzuzahlen.

[Ukrinform.ua](#): Am 18. Mai, Tag des Gedenkens an die Opfer des Völkermords an das krimtatarische Volk, wird auf der Webseite der Nachrichtenagentur Ukrinform ein neues

Informationsprojekt – die Rubrik „Krim“ gestartet. Das Projekt wird mit Unterstützung des Ministeriums der Informationspolitik der Ukraine realisiert.

„Es ist symbolisch, dass „Ukrinform-Krim“ an diesem wichtigen Tag, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Völkermords an das krimtatarische Volk beginnt. Heute, wenn die Krimtataren der Opfer der stalinschen Deportation 1944 gedenken, solidarisieren wir uns mit ihnen“, sagte der Generaldirektor von Ukrinform, Oleksandr Kharchenko.

In der Rubrik wird die Nachrichtenagentur Interviews, Nachrichten, Kommentare, Prognose, Multimedia-Projekte und Infografiken bieten und die Welt über tägliche Lage auf der Krim informieren. Die Initiatoren wollen über zahlreiche Verletzungen der Rechte des krimtatarischen Volkes durch den Besatzer berichten.

Die Rubrik soll ein Ort für öffentliche Initiativen, die auf Rückkehr der Krim in die Ukraine gerichtet sind, und auch für Rechtshilfe für ukrainische Staatsangehörige auf der besetzten Krim werden.

De.sputniknews.com: Appell von Krim-Tataren an Kiew: Keine Einmischung von außen

Die Krim-Tataren werfen Kiew vor, lange Zeit ihre Probleme ignoriert sowie Druck mit dem Ziel ausgeübt zu haben, eine Konfrontation in der Gesellschaft der Halbinsel zu provozieren, wie aus einem am Mittwoch angenommenen Appell anlässlich des 72. Jahrestages der stalinschen Deportation der Völker von der Krim hervorgeht.

„Das Volk ist sehr empört über die Versuche, Einfluss auf uns von außen auszuüben. Diese verfolgen das Ziel, einen Keil zwischen den ethnischen Gemeinschaften zu treiben und einen bürgerlichen Konflikt zu provozieren“, heißt es in dem Dokument.

Die Krim-Tataren sind ihren Worten zufolge erstmals mit solch unglaublichen Herausforderungen seitens ihrer außerhalb der Halbinsel lebenden Landsleute konfrontiert, die ihre eigenen Interessen dem Volkswillen gegenüberstellen und einen „falschen politischen Kurs“ betreiben.

Außerdem hätte Kiew binnen 25 Jahren die Lösung jeglicher Probleme behindert, wobei von einer politischen Rehabilitation nicht einmal die Rede gewesen wäre. Zugleich heben die Krim-Tataren die wachsende Aufmerksamkeit gegenüber ihrem Schicksal nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland hervor.

„Jetzt fühlen wir uns voll und ganz als einzigartiges Volk, das in seiner historischen Heimat lebt“, so der Appell.

Mehr als 20 gesellschaftliche Vereinigungen der Krim haben ihre Unterschriften unter das Dokument gesetzt.

Am Mittwoch werden auf der Halbinsel Trauerveranstaltungen zum 72. Jahrestag der stalinschen Deportation der Krim-Tataren und anderer Völker von der Krim durchgeführt. In der Nähe der Eisenbahnstation Siren in der Gegend Bachtschissarai befindet sich der erste Bauabschnitt der Gedenkstätte für die Deportationsopfer. Gerade von dieser Station waren am 18. Mai 1944 die Krim-Tataren von der Halbinsel deportiert worden.

Den Krimtataren und Vertretern von rund 20 anderen Nationalitäten war während des Großen Vaterländischen Krieges (1941-1945) Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht zur Last gelegt worden. Auf Befehl von Josef Stalin wurden sie von der Halbinsel deportiert. Am stärksten betroffen waren die Krimtataren: Rund 183.000 Menschen mussten ihr Zuhause verlassen.

Nach dem Krim-Referendum vom März 2014 wurde die Halbinsel in die Russische Föderation aufgenommen. Im April unterzeichnete Präsident Wladimir Putin einen Erlass über die Rehabilitierung der vertriebenen Völker der Krim. Derzeit sind etwa 260.000 Krimtataren auf der Halbinsel ansässig. Sie machen rund ein Zehntel der Gesamtbevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel aus.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30995/18/309951825.jpg>

ukrinform.ua: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine ruft die internationale Gemeinschaft auf, weiterhin den Druck auf die russische Besatzungsmacht auszuüben, um die Wiederholung der Tragödie des Jahres 1944 zu vermeiden, als aus der Krim mehr als eine viertel Million Krimtataren deportiert worden war.

Dies geht aus der Erklärung des ukrainischen Außenministeriums anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Völkermords an den Krimtataren hervor.

„Am 18.-20. Mai 1944 wurde mehr als eine viertel Million Krimtataren zu Opfern der verbrecherischen Politik der stalinistischen Sowjetunion. Die Deportation des krimtatarischen Volkes wurde eine schwarze Seite in der Weltgeschichte, ein Verbrechen des sowjetischen Systems in seiner gezielten Unterdrückung einiger Völker der UdSSR, insbesondere der Krimtataren, die in Scharen, von Kleinkindern bis zu Senioren, in die Reihen der „Verräter“ aufgenommen wurden“, wird in der Erklärung des ukrainischen Außenministeriums angegeben.

Gefunden auf der Facebook-Seite von Antimaidan: +++ REGION VENEDIG ERKENNT DIE KRIM OFFIZIELL ALS TEIL RUSSLANDS AN !!! +++

Der Rat der italienischen Region Venedig hat soeben offiziell die Krim als legitimen Teil der Russischen Föderation anerkannt. Für die Anerkennung stimmten 27 Abgeordnete von insgesamt 51 mit Ja ab. Damit ist Venedig die erste Region der EU, die die Krim nun auch offiziell als Teil Russlands bestätigt.

Laut dem venezianischen Abgeordneten Valdegamberi hat allein Venedig binnen des vergangenen Jahres über 600 Millionen Euro durch die anti-russischen Sanktionen und russischen Gegensanktionen verloren - und jede Menge Arbeitsplätze. Das ist die Realität, die viele Regionen Europas vor Ort durchleben - die die EU in Brüssel aber nicht sehen oder wahrhaben will.

Beginnt nun eine Anerkennungswelle der Krim sowie das Bröckeln der für Europa schädlichen anti-russischen Sanktionen?

Quelle - italienische Medien: <http://corrieredelveneto.corriere.it/.../-veneto-riconoscera->

Quelle - ukrainisches TV: <http://112.ua/.../parlament-venecii-priznal-krym-chastyu-ross...>